



# LUPE

Zeitung  
für Jugendliche

**Aus! Schlupf!  
Weg damit!**



Die Gewissensprüfung für  
Wehrdienstverweigerer wird ausgesetzt.

Die  
Entscheidung  
aus  
Karlsruhe

**Nr. 1/1978**

Januar  
Februar  
März

Hochschulpolitik  
Berufliche Erst-  
ausbildung  
Todesschuß

# Inhalt

## Recht

Bundesverfassungsgericht verurteilt Novellierung des Wehrpflichtgesetzes 3

Gezielter Todesschuß 15

## Studenten

Verschulung des Studiums durch neue Hochschulgesetze 4

Politische Enthaltsamkeit der Studenten 6

## Glosse

Junge Union - Abkehr von der Mutterpartei? 15

Preussentimmen 12

## Reihe

Die berufliche Erstausbildung Vierter Teil 9

## Rubriken

Nachrichten 17

Impressum 2



## Editorial

Lieber Leser,

in dieses Heft haben wir einen Artikel über den derzeit in der Diskussion stehenden gezielten Todesschuß aufgenommen, auch wenn dieses Thema nicht in den Bereich der Jugendpolitik gehört. Wir

sind der Meinung, daß auch Jugendliche an dem Prozeß der Meinungsbildung in diesem Fall teilnehmen sollten, da eine gesetzliche Verankerung des Todesschusses einen Einschnitt in die Rechtsordnung dieses Staates darstellt. Wir wünschen ein erfolgreiches 1978!

Die Redaktion

# LUPE

Zeitung für Jugendliche

Herausgeber:  
Liberala Schüleraktion der  
Deutschen Jungdemokraten,  
Kreisverband Hochsauerland

CHEFREDAKTEUR  
Jürgen Klein (V. i. S. d. P.)

STELLV. des CHEFREDAKTEURS  
Martin Kunert

REDAKTEURE

Thomas Jarck, Horst Kloppsteck, Karsten Meinhardt, Hans-Peter Schulte, Herbert Wiedermann

LUPE erscheint vierteljährlich, kostenlos

Copyright für den gesamten Inhalt, soweit nicht anders vermerkt, by Redaktion LUPE. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Redaktionsanschrift: Martin Kunert,  
5760 Arnsberg 2

Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. 1. 1978

Druck: Stephanie Heismann

Auflage: 1.500

Hinweis: Anzeigen entsprechen nicht der Meinung der Redaktion. Sie dienen ausschließlich der Finanzierung der Zeitung.

Redaktionsschluß Heft 2/1978:  
20. März 1978

## Im Blickpunkt: Bundesverfassungsgericht zum Wehrpflichtgesetz

Das Bundesverfassungsgericht hat im Wege einer einstweiligen Anordnung den Vollzug des § 25a Absatz 1 des Wehrpflichtgesetzes - und damit die Abschaffung der Gewissensprüfung - außer Kraft gesetzt. Diese gesetzliche Bestimmung sah eine Wahlmöglichkeit zwischen der Ableistung des Wehrdienstes und dem Zivildienst vor. Damit sollte eine geeignete Alternative zu der von vielen als unerträglich empfundenen und in der Praxis kaum durchführbaren Gewissensprüfung geschaffen werden.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erging als einstweilige Anordnung, d. h. es handelt sich erst um eine vorläufige Regelung mit dem Ziel, Nachteile für die Zeit bis zur Verkündung des Urteils in der Hauptsache zu vermeiden. Endgültig geklärt wird die Frage der Verfassungsmäßigkeit des § 25a Wehrpflichtgesetz daher erst in der noch ausstehenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Hauptsache.

Nach § 32 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes ist Voraussetzung für den Erlass der ergangenen einstweiligen Anordnung, daß "dies zur Abwehr

schwerer Nachteile, zur Verhinderung drohender Gewalt oder aus einem anderen wichtigen Grund zum gemeinen Wohl dringend geboten ist".

Der Prüfung dieser Anforderungen legte das Bundesverfassungsgericht die Tatsache zugrunde, daß zum 1. Dezember 1977 der Zahl von 130000 Kriegsdienstverweigerern nur 34000 Zivildienstplätze gegenüberstanden, von denen zudem gegenwärtig nur 12000 besetzbar sind.

Davon ausgehend kommt das Bundesverfassungsgericht im Wege einer Rechtsgüterabwägung zu dem Ergebnis, daß aus Gründen des Gemeinwohls die Wahlmöglichkeit des § 25a Wehrpflichtgesetz außer Kraft zu setzen sei.

Denn für den Fall, daß das Gesetz verfassungsgemäß sei, ergehe ja eine entsprechende Entscheidung in der Hauptsache, so daß die Ausübung des Rechts, den Wehrdienst zu verweigern, nur geringfügig zeitlich verschoben werde. Andererseits zeige der Vergleich der Zahl der Kriegsdienstverweigerer mit der der besetzbaren Zivildienstplätze, daß zahlreiche Kriegsdienstverweigerer nicht zum Zivildienst eingezogen werden könnten. Dadurch ergäbe sich die Mög-

lichkeit, durch eine einfache Willenserklärung sowohl dem Wehrdienst als auch der Heranziehung zum Zivildienst zu entgehen. Schließlich steige der Anreiz zum Mißbrauch dieses Gesetzes mit der Aussicht, nicht zum Ersatzdienst herangezogen zu werden. Damit sei es dem Gesetzgeber nicht gelungen, eine geeignete Alternative zum herkömmlichen Anerkennungsverfahren zu schaffen.

Zum Abschluß verweist das Bundesverfassungsgericht darauf, daß die Bundeswehr schon jetzt zur Einziehung von beschränkt verwendungsfähigen Wehrpflichtigen gezwungen sei und damit eine Gefahr für die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr bestehe.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wirft Probleme auf. Denn die Aussetzung des Vollzugs eines Gesetzes durch eine einstweilige Anordnung bedeutet einen Einbruch in den Bereich der normsetzenden Legislative (Bundestag und Bundesrat), ohne daß in der Hauptsache überhaupt über die Verfassungsmäßigkeit des fraglichen Gesetzes entschieden worden ist. Von dieser Befugnis des Eingriffs in den Kompetenzbereich des Parlaments darf daher

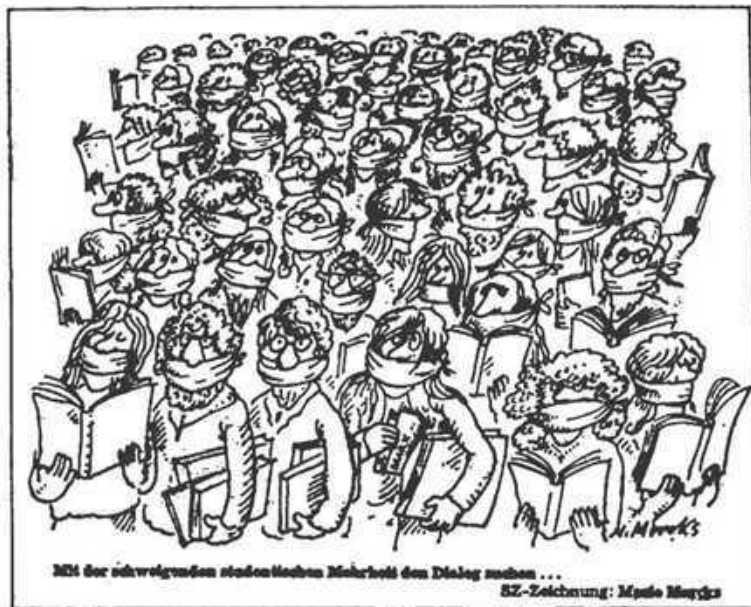
# Was geht uns das an?

Eine Aufforderung an alle Schüler, sich zu wehren

Der "bundesweite" Streik gegen das Hochschulrahmengesetz (HRG) ist vorbei. Nur in relativ wenigen Universitäten wurde gestreikt, zum Teil wurde der Streik nach wenigen Tagen abgebrochen.

Die Studenten haben resigniert, fühlen sich von Politikern verschaukelt und von der Bevölkerung mißverstanden.

Sehr viel dazu beigetragen hat eine Informationsschrift des nordrhein-westfälischen Innenministers Rau, der die Studenten tröstet, daß es sie ja gar nicht mehr betreffen wird. Angeblich soll zum Beispiel die Regelstudienzeit erst nach einer Studienreform und nicht rückwirkend eingeführt werden, und die, die davon betroffen sein werden, können sich dann ohnehin nicht mehr wehren. Deshalb die Aufforderung: Auch Ihr solltet nicht tatenlos zusehen, wie Politiker versuchen, den Leistungsdruck, der jetzt schon an Oberstufen herrscht, auf die Universitäten zu ver-



Mit der schweigenden studentischen Mehrheit den Dialog suchen ... SZ-Zeichnung: Mado Högke

lagern, wie Fachidioten und Duckmäuser herangezüchtet werden, denn jetzt kann noch etwas gemacht werden. Wenn Ihr an der Reihe seid, ist es zu spät!

Damit nicht weiter Kritiker des Gesetzes als intolerante und militante Minderheiten abgetan werden - wie zum Beispiel von Herrn Rau - hier einige Informationen zum HRG:

Das Gesetz wurde am 26. Januar 1976 vom Bundestag verabschiedet. Innerhalb von drei Jahren, also bis 1979, sollen die Bestimmungen über die

Landeshochschulgesetze in Kraft getreten sein.

Das HRG sieht vor: Erstens: Studienreform und Regelstudienzeit. Die Studienreform soll das Studium praxisbezogener gestalten. Die Regelstudienzeit soll "vier Jahre nur in besonders begründeten Fällen überschreiten".

Daß das Studium praxisnäher gestaltet werden soll, ist ja an sich eine gute Sache, aber: eine formale Studienreform kann unter dem Druck der Regelstudienzeit nur so aussehen, daß das Studium immer mehr verschult wird,

daß der einzelne immer weniger seinen persönlichen Neigungen folgen kann und immer unselbständiger wird.

Bei einem Berg von Pflichtveranstaltungen, die in einer bestimmten Zeit abgelegt werden müssen, besucht man natürlich nur noch diese, denn wie in der Schule findet Anwesenheitskontrolle statt. Man sollte auch an Leute denken, die jahrelang auf ihren Studienplatz warten mußten und sich erst wieder einarbeiten müssen. Ferner an solche, die sich nebenher ihr Studium mitfinanzieren müssen oder wollen, weil sie mit ihrem BAföG nicht auskommen oder den Eltern nicht auf der Tasche liegen wollen. Auch wenn das eine Minderheit ist, sollte man sie nicht außer Acht lassen, denn sozial Benachteiligten würde jede Chancengleichheit genommen.

Zweitens: (Verfaßte) Studentenschaften. Hierbei geht es um eine "Kann"-Bestimmung. Die Landeshochschulgesetze können vorsehen, das Studentenschaften

(ASTa) gebildet werden (sie können es aber auch lassen!). In Nordrhein-Westfalen sollen die Studentenschaften gottlob erhalten bleiben, in Baden-Württemberg wurden sie bereits abgeschafft. In Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern wird ihnen auf jeden Fall die Freiheit genommen, sich zu allgemeinen politischen Themen zu äußern, und wo Allgemeinpolitik anfängt und Hochschulpolitik aufhört, bestimmen die Länder.

Drittens: Ordnungsrecht. Wer mit Gewalt ein Hochschulmitglied von der Ausübung seiner Rechte und Pflichten abhält oder abzuhalten versucht, wird für zwei Jahre von allen Hochschulen ausgeschlossen. Nach all dem Gerangel - Vorlesungsstörungen, Buback-Nachruf usw. - in den letzten Jahren ein verständlicher Zusatz, doch wie dieses Gesetz jetzt schon mißbraucht wird, sieht so aus:

- Urabstimmungen und Streik wurden von den Rektoren gerichtlich verboten,

- Studenten, die Streikaufrufe aufgehängt haben, sind fotografiert worden,
- Plakate wurden auf Weisung der Rektoren entfernt.

Gegen Gewalt an den Universitäten reichen die bestehenden Strafgesetze; durch die neuen Regelungen entstehen nur Irrtümer, zum Mißbrauch wird verleitet!

Wir meinen, daß nach dem erfolglosen Streik der Studenten sich jetzt alle und ganz besonders die Schüler wehren müssen, denn sie werden in einigen Jahren die eigentlichen Betroffenen sein, und dann wird es zu spät sein, dann wird kein Streik mehr nützen.

Deshalb: Informiert Euch über das HRG und das Landeshochschulgesetz, spricht mit Euren Kollegen, Klassenkameraden und Lehrern darüber. Versucht zum Beispiel, die Schülervertretung zu einem Brief an Landeswissenschaftsminister Rau zu bringen.

Petra Esken



## BRILLEN-ROTTLER

Fachgeschäft für Optik - Foto

HÖRGERÄTE- u. CONTACTLINSENINSTITUT

5760 ARNSBERG 1

Hüsten  
Bahnhofstraße 29  
Telefon (02932) 33436

5760 ARNSBERG 1

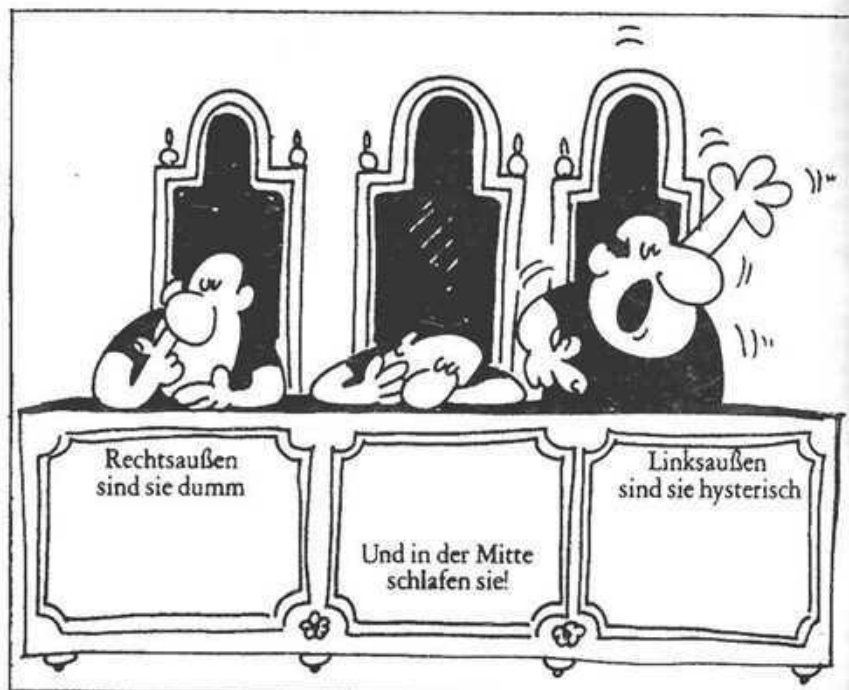
Nehlem  
Hauptstraße 3, Postfach 2240  
Telefon (02932) 22627

# Quo vadis, Universität? oder Sind Studenten Radikale?

Das Ansehen der Studenten in der breiten Öffentlichkeit wird im wesentlichen von randalierenden K-Gruppen-Anhängern und links- oder rechtslastigen ASTen bestimmt. Wer unbefangen an manchen Uni-Vollversammlungen teilnimmt oder die zu hauf angebotenen Flugblätter liest, könnte annehmen, daß die Grenze

zwischen Intelligenz und Wahnsinn bei einer Vielzahl von Studenten bereits überschritten ist.

Woran liegt es, daß das weite Feld an den Unis zwischen ultrarechten und ultralinken weitgehend brach liegt? Sicherlich ist die politische Auseinandersetzung an den Unis dafür mitverantwortlich, die viele Studenten wegen ihrer polemischen und destruktiven Art anwidert und davon abhält, an Wahlen und



An den Unis nichts Neues

Vollversammlungen teilzunehmen, geschweige denn, sich hochschulpolitisch zu engagieren. Auch liegt es daran, daß hochschulpolitisches Engagement ein, zwei oder noch mehr Semester kostet, für BAföG- und viele andere Abhängige also nicht machbar ist.

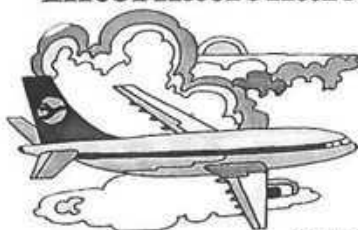
Da glauben die maßgebenden Politiker, Macht und Einfluß der Radikalen an den Unis mit restriktivem Ordnungsrecht und Regeln

studienzeit eindämmen zu können; ob sich wohl einer überlegt hat, was passiert, wenn das Studium noch mehr verschult wird und nach einer bestimmten Semesterzahl abgeschlossen sein muß?

Kraß formuliert: Übrigbleiben werden in der hochschulpolitischen Szene von bestimmten Gruppen finanzierte Berufsstudenten wie zum Beispiel der von der DDR unterstützte MSB Spartakus.

Horst Klopppeck

## Internationaler Jugendwettbewerb '78



### Entdeckt Europa und gewinnt: Europa-Rundflüge und weitere tolle Preise!

„Entdeckt Europa“ – unter diesem Motto steht der neue Jugendwettbewerb der Genossenschaftsbanken in Europa. Gemeint sind nicht nur die Länder, sondern vor allem die Menschen. Überall begegnen sie uns: im Sport, in der Musik und im Fernsehen. Viele haben unsere europäischen Nachbarn bereits in den Ferien kennengelernt.

Noch gibt es Grenzen zwischen den einzelnen Staaten Europas. Aber Ziel ist ein gemeinsames, vereinigt Europa. Schon bald werden die ersten Direktwahlen für das Europa-Parlament



stattfinden. Deshalb müssen sich die Menschen in Europa noch besser kennenlernen. Dies liegt auch uns, den 25.000 Genossenschaftsbanken in Europa, am Herzen. Wir rufen alle jungen Leute bis 18 Jahre auf: „Entdeckt Europa“.

Welche Aufgaben zu lösen und welche Preise zu gewinnen sind, zeigt der folgende Überblick. Mehr darüber und manche Anregungen

enthält der Teilnahmeprospekt. Ihn gibt es bei den Volksbanken, Raiffeisenbanken und anderen Genossenschaftsbanken. Einsendeschluß ist der 15. März.



#### Malwettbewerb „Ich male Europa“

Drei verschiedene Themen stehen zur Auswahl. Die eigene Heimat gehört natürlich auch dazu. Der Teilnahmeprospekt enthält manche Anregung.



#### Schreibwettbewerb „So sehe ich Europa“

In einem persönlichen Brief an einen gedachten Freund oder eine Freundin in einem europäischen Nachbarland soll jeder offen und freimütig seine Gedanken über ein vereinigt Europa äußern. Einzelheiten stehen im Teilnahmeprospekt.



#### Die Gewinne

- 14tägige Europa-Rundflüge Mit der Lufthansa in 5 europäische Hauptstädte.
- Europa-Rundreisen mit Inter-Rail. Zwei Wochen mit der Bahn durch Europa.
- Jugend-Erlebniswoche im Dachsteingebiet, Österreich. Viel Programm und Begegnungen mit europäischen Freunden.
- Über 200 weitere Gewinner nehmen an einem internationalen Jugendlager teil.
- Tausende von Sachpreisen: Walky-Talkies, Sporttaschen mit Badetuch, Jeans-Golfmützen, Bücher, Puzzles u.v.m.



#### Europa-Quiz

Hier ist eines der 9 Bilder aus dem Quiz. Wer den Lösungsspruch herausfindet, nimmt an der Preisverlosung teil.



### VOLKSBANKEN RAIFFEISENBANKEN

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen

# Entwicklungshilfe?

Was kümmern mich die Entwicklungsländer.  
Wer so denkt, irrt sich gewaltig.



In vielen Ländern der Dritten Welt sieht es schlimm aus. Millionen Menschen leben menschenunwürdig. Sie haben nicht genug zu essen, miserable Wohnungen, keine Arbeit. Die Folgen: Konflikte und politische Unruhen.

Diese Länder wollen den Fortschritt. Sie wollen sich entwickeln. Deswegen helfen wir Ihnen. Mit Rat und Tat. Und mit Geld. Weil wir für den Ausgleich zwischen Reich und Arm sind.

Aber Entwicklungshilfe ist keine Einbahnstraße.

Auch wir sind abhängig von den Entwicklungsländern. Wirtschaftlich: wir brauchen Rohstoffe, und wir wollen dorthin verkaufen. Politisch: nur mit Hilfe der Entwicklungsländer können wir den Frieden sichern.

Wer sich dafür interessiert, wie die Entwicklungshilfe den Entwicklungsländern hilft, der kann bei uns ein Informations- und Rätselposter bestellen. Kostenlos.

Wer die richtige Lösung einschickt, nimmt an einer Verlosung teil. Es gibt tausend kleine Überraschungen.

Coupon einfach ausschneiden, ankreuzen oder gewünschte Anzahl eintragen und einsenden an das

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Postfach 2000, 5300 Bonn

Wenn schon jemand den Coupon ausgeschnitten hat, könnt Ihr die gewünschte Anzahl Poster auch einfach mit einer Postkarte bestellen.

## Ich will das Poster haben!

Ankreuzen

Bitte schicken Sie mir ein Stück.

Anzahl

Und soviel will ich für meine Freunde.

S

Name

Straße

Postleitzahl, Ort

# Die berufliche Erstausbildung

Probleme und Wege ihrer Lösung

Eine Reihe von Hans-Peter Schulte

## IV. Teil

Die Berufsausbildung ist immer, neben der Ausbildung an allgemeinbildenden Schulen das Stiefkind in

der Bildungspolitik gewesen. Bund und Gewerkschaften wollen das Berufsbildungssystem reformieren.

Im Bildungsgesamtplan, der von Bund und Ländern erstellt wurde, also eher für den "Staat" repräsentativ als nur ein Regierungsentwurf, wurde davon ausgegangen, daß auch die berufliche Bildung die Begabung, Neigung und Fähigkeiten des einzelnen fördern soll.

Die berufliche Bildung soll den einzelnen befähigen,

- sein persönliches, berufliches und soziales Leben selbstverantwortlich zu gestalten,
- die berufliche Flexibilität zu sichern,
- den Leistungsanforderungen der Industriegesellschaft gerecht zu werden (berufliche Qualifikation).

Sie soll ihm ferner bessere soziale Chancen sichern.

Ebenso wurde einstimmig von den Regierungschefs des Bundes und der Länder die Verwirklichung der Gleichwertigkeit der beruflichen und der allgemeinen Bildung gefordert.

Eine grundsätzliche Übereinstimmung aller Parteien zu diesen Punkten kann vorausgesetzt werden, da diese in der Bund-Länder-Kommission (Bildungsgesamtplan) festgelegt wurden. Die Übereinstimmung ist verständlich, da diese Anforderungen, solange sie noch keine konkreten Maßnahmen erfordern, auf jeden Fall vertretenswert sind. Denn es könnte sich wohl keine Partei erlauben, diese Anforderungen nicht zu vertreten. Bei der Ausgestaltung der Maßnahmen zur Realisation der Anforderungen, die zudem noch Zielcharakter haben, gehen die Meinungen weiter auseinander.

- die Berufsschule, die eine Allgemeinbildung und eine theoretische fachspezifische Ausbildung nach dem vom jeweiligen Kultusminister des Landes erlassenen Lehrplan vermitteln soll.

Die erste Schwierigkeit liegt in der unterschiedlichen Kompetenz für die berufliche Erstausbildung, da jedes Land für den gleichen Beruf einen eigenen Lehrplan entwerfen kann, nach dem die Berufsschulen vorgehen, wogegen die Ausbildungsordnung, welche die Ausbildung im Betrieb regelt, vom Bund einheitlich für das Bundesgebiet erlassen wird.

Dies führt zu dem Problem, daß die berufliche Erstausbildung im bezug auf die Abstimmung von Lehrplänen und Ausbildungsordnung zu unkoordiniert ist. Weiterhin sagt der Begriff "dual" nicht, daß die beiden Lernorte auch zeitlich das gleiche Gewicht haben, sondern es ist nur ein wöchentlicher Unterricht an den Berufsschulen von acht bis zwölf Stunden

## Das duale System

Das Grundprinzip des dualen Systems ist das Nebeneinander der Vermittlung von beruflichen Kenntnissen. Es bestehen zwei Lernorte:

- der Betrieb, der die praktische Qualifikation nach dafür vom Bund erlassenen Ausbildungsordnungen vermitteln soll,

vorgesehen. Hinzu kommt noch, daß etwa sieben- und zwanzig Prozent der Berufsschulstunden ausfallen, fünfundzwanzig Prozent der vorhandenen Lehrer-Planstellen nicht besetzt sind und zwei Drittel des Stundensolls nicht erfüllt werden.

Dies zeigt schon, daß die Berufsschule auf keinen Fall auch nur der geringsten Anforderung nach bloßer beruflicher Qualifikation nachkommen kann, was auch andere Untersuchungen zeigen.

Außerdem ist zu bezweifeln, ob die Schule bei einem so raschen Fortschritt überhaupt folgen kann. Führt man sich aber noch einmal die Anforderungen an die berufliche Erstausbildung vor Augen, so muß dieses duale System bei dem Versuch ihrer Realisierung scheitern.

### Gewerkschaftliche Vorstellungen

Zuerst muß man sich hier das Fernziel der Gewerkschaften, das sogenannte "integrierte und differenzierte Gesamtbildungssystem", vorstellen, d. h. nur noch ein Schultyp, der von der Vorschule bis zur Hochschule alles enthält. In der Sekun-

darstufe I sollen als berufliche Vorbildung Neigungen erkannt, Probleme der Arbeitswelt und Berufsmöglichkeiten verdeutlicht werden.

Einige Maßnahmen hierzu:

- Lehrplanänderung,
- Vermittlung von Lehrinhalten im Sinne polytechnischer Bildung,
- ab der siebten Klasse Aufteilung des Unterrichts in Pflichtfächer, Wahlpflichtfächer und Wahlfächer.

In der Sekundarstufe II sollen allgemeine und berufliche Bildung integriert werden, und am Abschluß soll eine erste berufliche Qualifikation und bei geringerem zeitlichen Mehraufwand die Studienberechtigung stehen.

Die aber kurzfristig zu verwirklichenden Vorstellungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Bildungssystem wie einjährige Berufsgrundbildung (vorerst als zehntes, später als elftes Schuljahr), Berufsschule als Ganztagschule, Kriterien zur Anerkennung von außerschulischen Ausbildungsstätten und

deren ständige Kontrollen und soviel Berufsbildungsgänge wie möglich schon heute von Vollzeitschulen durchführen zu lassen, lassen erkennen, daß konsequent durch die einzelnen Maßnahmen ein Erreichen des Fernziels begünstigt werden soll. Ebenso sind die Vorstellungen der Deutschen Angestelltengewerkschaft, die von einer langsamen Annäherung an die von ihr propagierten "Integrierten Gesamtschule" spricht.

Schritte, wie verstärkte theoretische Berufsausbildung, vollzeitschulische Berufsausbildung, Berufsgrundbildung als erster Teil einer Berufsausbildung sollen hierzu beitragen. Zusammengefaßt lautet das Ziel: Integrierte Gesamtschule, die eine erste Berufsqualifikation und die Studienberechtigung vermittelt, aber vorerst als Nahziel die Einführung des Berufsgrundschuljahrs und die verstärkte Ausnutzung des Blockunterrichts und der überbetrieblichen Ausbildungsstätten.

### Arbeitgeber

Die Arbeitgeber gehen

grundsätzlich von dem traditionellen dualen System der beruflichen Erstausbildung aus. Durch einige Verbesserungen, die aber noch auf der Grundlage des 1969 erlassenen Bundesbildungsgesetzes (BBiG), also auf dem dualen System beruhen, glauben die Arbeitgeber, die Interessen beziehungsweise die Anforderungen der Jugendlichen und der ausbildenden Wirtschaft an eine qualifizierende Berufsausbildung zu verwirklichen.

Als erstes ist wohl das Problem der Ausbildungsordnungen zu nennen, das für die Arbeitgeber in zweierlei Hinsicht besteht. Einmal als Forderung nach einer besseren Abstimmung der Ausbildungsordnungen mit den Rahmenlehrplänen, dann aber weit wichtiger als Forderung nach einer Mitwirkung der Arbeitgeber bei der Erstellung der Ausbildungsordnungen.

Gegen eine Mitwirkung der Arbeitgeber bei der Erstellung der Ausbildungsordnungen ist grundsätzlich nichts einzuwenden, wenn aber dann in einigen Veröffentlichungen die Herabsetzung der Anforderungen der Ausbildungsordnungen (für das Handwerk nur die Festlegung von Mindestanforderungen) verlangt wird, taucht die Frage auf, was sich die Arbeitgeber denn unter einer beruflichen Qualifikation vorstellen. Diese Niveau-reduzierung wird damit begründet, daß durch die "hohen" Anforder-

ungen der Ausbildungsordnungen viele Betriebe nicht mehr in der Lage sind, Ausbildungsverhältnisse einzugehen und somit die in den nächsten Jahren ansteigende Zahl der Ausbildungswilligen nicht mehr aufgenommen werden kann, wenn sich die Ausbildungsordnungen nicht an den Möglichkeiten der Ausbildungsbetriebe orientieren.

Weitere Vorstellungen zur Verbesserung des dualen Systems sind:

- Aufteilung der Ausbildung in Grund- und Fachbildung (Grundbildung unter Umständen auch rein schulisch),
- Ausbildung in überbetrieblichen Ausbildungsstätten, dies aber nur ergänzend zur betrieblichen Praxis.

Als Einzelforderungen zur Neugestaltung des Bildungssystems sind folgende Vorschläge zu nennen:

- praxisnahe Lehreraus- und fortbildung,
- verstärkter Einsatz von Fachlehrern,
- Prinzip der Fachklassenbildung,
- Verbesserung der technischen Ausstattung der Berufsschulen

und für den betrieblichen Bereich:

- Maßnahmen zur Erleichterung des Einsatzes pädagogischer Hilfen,
- praxisnahe Umsetzung neuer pädagogischer Erkenntnisse usw.

Dies läßt erkennen, daß das Handwerk sowie Industrie und Handel an grundlegenden Reformen des Bildungssystems nicht interessiert sind.

Die Arbeitgeber wollen nur in geringem Maße Kompetenzen abgeben. Für ihre Hauptanforderung an die berufliche Erstausbildung, die wie auch immer gemeinte Vermittlung beruflicher Qualifikation, erscheint ihnen also das duale System als geeignet. Ob die von Arbeitgeberseite verlangte Eigenständigkeit oder auch Vermeidung unzuweckmäßiger Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung, die Forderung nach einer Gleichwertigkeit, also Aufhebung der Diskriminierung der beruflichen Bildung fördert, ist fraglich.

Außerdem wird von Arbeitgeberseite immer wieder betont, daß solche Reformvorstellungen wie sie Staat und Gewerkschaften beabsichtigen nicht durchzuführen seien, will man nicht in Zukunft einen großen Mangel an Ausbildungsplätzen riskieren. Hier wird schon die Reaktion der Arbeitgeber erkenntlich, die zu erwarten ist, sollte der Versuch unternommen werden, den Anforderungen der anderen gesellschaftlichen Gruppen gerecht werdende Reformen zu verwirklichen.

Fortsetzung im nächsten Heft

### Der undressierte Mann



# Aufgespießt

Untersuchungen des Phänomens Terrorismus

Wenn Minderjährigen mehr Rechte eingeräumt werden, als sie verkraften können..., dann ist es nicht verwunderlich, wenn Jugendliche in den Dunstkreis der Terroristenszene abrutschen. Erleichtert wird dieser Vorgang noch durch die Möglichkeit, sich über BAFÖG (Bundesausbildungsförderungsgesetz) die erforderlichen Mittel zu beschaffen, um sich vom Elternhaus abzusetzen und in zweifelhaften Wohngemeinschaften zu leben... Bei Mädchen kommt meist noch sexuelle Hörigkeit hinzu. Hier liegt auch der

Schlüssel für den hohen Anteil an weiblichen Terroristen." (Aus: "Thesen zur geistigen Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Terrorismus", vorgelegt von der Jungen Union aus Steinbach bei Frankfurt.)

Aus „Frankfurter Rundschau“

...

"Wir können Terroristen nicht nach normalen Maßstäben eines Menschen messen. Wir müßten für diese Art von Elementen Gesetze schaffen, die an das Kriegerecht erinnern." (Gerhard Glup, CDU, niedersächsischer Landwirtschaftsminister)

Aus „Frankfurter Rundschau“

**Richtlinien**  
"Vor einiger Zeit habe ich einmal gesagt: Die Lehrer, die sich nicht an Rahmenrichtlinien halten, sind vielleicht die besten. Danach ist mir vorgeworfen worden, ich hätte die Lehrer aufgefordert, sich nicht an unsere Richtlinien und Erlasse zu halten. Natürlich sollen sie sich daran halten. Ich habe jetzt eine neue Formulierung gefunden, die korrekt ist und dennoch das aussagt, was ich meine: Man soll solche Richtlinien und Erlasse kreativ einhalten. Wenn sie nun fragen, was das bedeutet, sage ich: Man soll das kreativ auslegen." (Werner Remmers, CDU, niedersächsischer Kultusminister)

Aus „Frankfurter Rundschau“

**SUPERPREISE für Schallplatten und Musikcassetten**  
**SUPERPREISE für Hifi - Stereo**  
**SUPERPREISE für Fernsehgeräte**  
**SUPERPREISE für Cassetten- und Radio-Recorder**

**Interfunk**  
**Radio-Kampfschulte**  
**mit dem guten Kundendienst**

Arnsberg 1/Neheim in der Fußgängerzone

**Wir bedrucken T-Shirts für Vereine, Schulen, Kneipen, Fans mit Furen Motiven.**  
**Jetzt zu besonders günstigen Winterpreisen. Fordert Angebote an!**

**T-shirt Druckerlei**  
**1000 Berlin 12**

Anfragen ab 30 Stück an:  
**Agentur für Jugendwerbung**  
**G m b H**  
**Wiener Str. 7 1000 Berlin 36**

**DIE WELT**  
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

jeden Mittwoch mit  
**SCHULE UND HOCHSCHULE**

**Vorzugspreise für Schüler:**

Statt DM 16,80 zahlen Oberstufen-Schüler für das Scheck-Abonnement der WELT im Monat DM 8,40 (in West-Berlin DM 7,05).

**Abitur-Helfer: Gegen schlechte Noten ist ein Kraut gewachsen!**

**Abitur-Helfer**

Vieweg-Schulrepetitorien

Mathematik

Endspurt im Schuljahr. Wer jetzt nachhinkt, kommt nur mit einem energischen Spurt zum Ziel. Deshalb: Jetzt umsteigen auf den Abitur-Helfer, das Selbsthilfeprogramm zur Examen-vorbereitung und zur gezielten Wiederholung.

Ausgereifte Kurzlehrgänge: da geht nichts zu schnell, da wird nichts übersehen. Für Mathematik allein 13 Repetitorien. Und auf die fachliche Qualität ist Verfall - bei Vieweg haben bisher 25 Nobelpreisträger veröffentlicht!

- Lieferbare Titel:
- 5001 Grundlagen der Mengensprache
  - 5002 Gruppen, Körper, Ringe
  - 5003 Relationen und Funktionen
  - 5004 Lineare Gleichungen mit einer Variablen
  - 5005 Lineare Gleichungen mit zwei Variablen
  - 5006 Rechnen mit Logarithmen
  - 5007 Analysis I: Zahlen, Grenzwerte, Funktionen
  - 5008 Analysis II: Ableitung algebraischer Funktionen
  - 5009 Analysis III: Gleichungen n-ten Grades, Kurvendiskussionen
  - 5010 Analysis IV: Rationale und nicht rationale Funktionen, Potenzreihen
  - 5011 Analysis V: Integralrechnung, Komplexe Zahlen
  - 5012 Analytische Geometrie: Kegelschnitte, Vektorielle Grundbegriffe
  - 5013 Vektorrechnung

Preis je Repetitorium DM 9,80 (unverb. Preisempfehlung).  
Erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag:  
Schulverlag Vieweg GmbH  
Corneliusstr. 9-11 4000 Düsseldorf 1

**Coupon** Ich bestelle wie angekreuzt, jeder Titel zu DM 9,80.

<input type="checkbox"/> 5004	<input type="checkbox"/> 5005	<input type="checkbox"/> 5006	<input type="checkbox"/> 5007	<input type="checkbox"/> 5008
<input type="checkbox"/> 5009	<input type="checkbox"/> 5010	<input type="checkbox"/> 5011	<input type="checkbox"/> 5012	<input type="checkbox"/> 5013

Lieferung per Nachnahme (+ 2 DM Portoanteil)  
 Den Rechnungsbetrag habe ich auf Ihr Postscheckkonto Hannover 2702-305 überwiesen und werde portofrei beliefert.

Coupon auf Postkarte oder im Kuvert an:  
Schulverlag Vieweg GmbH  
Postfach 6427, 4000 Düsseldorf 1.  
Absender in Druckbuchstaben nicht vergessen.

Vieweg



TÄGLICH  
RAUSCHGIFFTOTE

!!!

Reden? – Nein, Handeln!

HELFT UNS HELFEN!

RELEASE CENTER e. V.  
Albrechtstr. 35 – 1000 Berlin 41  
Postscheck 89-105 Berlin West

## Lehrprogramm Chemie

- Ein Lehrgang, den Sie selbst bestimmen. Teilen Sie die Zeit nach Ihren eigenen Lernfortschritten ein.
- Kontrollieren Sie selbst Ihren eigenen Lernerfolg.
- Das Lehrprogramm Chemie eignet sich gleichermaßen als Auffrischkurs und als Arbeitsunterlage für das Selbststudium.
- Unabhängig von dem Lehrangebot Ihrer Schule können Sie die Grundlagen erwerben, auf denen auch ein Studium an einer der wissenschaftlichen Hochschulen aufgebaut werden kann.
- Fordern Sie die kostenlose Leseprobe an!

Verlag Chemie · Pappelallee 3 · D-6940 Weinheim



## Emanzipation?

In der letzten "Schwarz" - Zeitung der Jungen Union in Arnberg (Nr. 6/1977) - erschien ein Artikel "Silvester im Atomzeitalter", der einige Anstöße bezüglich bisher fast nicht genutzter Energiequellen und viele nützliche Tips wie man Energie einsparen kann enthielt. Soweit, so gut.

Am 5. Januar 1978 stand in der "Westfalenpost"

Jungen Union, unter dem Titel "Ohne Konzept" - ein völliger Verriß der "Schwarz"-Ausgabe 6/1977. Tags darauf im selben Blatt ein Leserbrief von Klaus Kaiser, einem der eifrigsten Artikelschreiber der "Schwarz", in dem einiges aus dem Ebel-Kommentar zurechtgerückt werden sollte.

Unter anderem hieß es da: "Jedoch hätte doch bei genauer Lektüre die

Kommentator geradezu ins Auge stechen müssen".

Dieser Satz ließ mich aufhorchen. "Beginnt die Junge Union endlich, sich von ihrer Mutterpartei zu emanzipieren?", schoß es mir durch den Kopf, doch halt, ich hatte den Artikel doch selbst gelesen - sollte mir das entgangen sein?

Also, "Schwarz" noch mal rauskramen, noch mal nachsehen. Doch selbst bei "genauer Lektüre" konnte ich keine Stellungnahme des Autors zu den drängenden Problemen der Kernenergie (Sicherheit des Reaktorbaus, Lagerung des Atom Mülls etc.) finden.

Sollte das etwa heißen, daß die CDU gegen die Nutzung alternativer Energiequellen oder das Einsparen von Energie ist?

Horst Klappsteck



ein Kommentar von Franz-Josef Ebel, selbst Mitglied der

von der CDU abweichende Darstellung zur Kernenergie dem eifrigen

**50!** DM ZAHLEN WIR FÜR DIE VERMITTLUNG EINES NEUEN SPIEGEL-LESERS FÜR MIND. 1. JAHR (STERN 40,- DM / HÖRZU 30,- DM)  
UNIVERSAL SERVICE GMBH  
POSTF. 110320  
1000 BERLIN 11

**KINO ZUM SELBERMACHEN**

In 16 mm. Wählen Sie aus den 320 besten Spielfilmen der deutschen und internationalen Produktion Ihr eigenes Programm. Auch ein Projektor können Sie sehen. 400 Seiten Katalog Schutzgebühr DM 8,- bei

atlas film + av  
Düsseldorfer Straße 5-7  
4100 Duisburg 1



DAS EINZIGE WAS MAN ZUM THEMA 'SPRACHENLERNEN' SAGEN KANN ...

**isi SPRACHREISEN** Schumannstraße 66 - 5300 Bonn  
Telefon: (02221) 21 00 01

SOFORT KATALOG ANFORDERN

## Stichwort: Todesschuß

Die Konferenz der Länderinnenminister hat in ihrem Musterentwurf für ein einheitliches Polizeirecht unter anderem die "gesetzliche Normierung" des gezielten Rettungsschusses - vielfach Todesschuß genannt - vorgesehen.

Es geht darum, daß das Gesetz den gezielten Rettungsschuß (mit einkalkulierter Todesfolge), wie zum Beispiel bei der Rettung der Geiseln in Mogadishou, unter gewissen Voraussetzungen erlaubt. Bislang ist dieser Todes-

schuß (mit Rettungsabsicht) nur durch das Notwehrrecht und die Schutzverpflichtung des Staates gegenüber seinen Bürgern abgedeckt.

Der Bundesparteitag der P.D.P. in Kiel hat sich für diese gesetzliche Normierung des Ret-

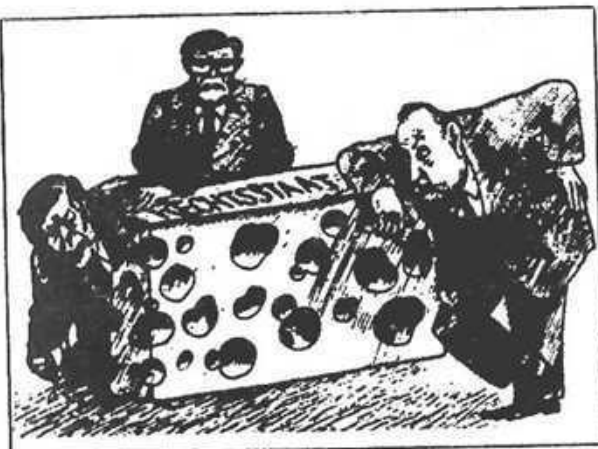
tungsschusses mit knapper Mehrheit ausgesprochen, nachdem sich

und der Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher vehement für diese Re-

von Burkhard Hirsch, Innenminister von Nordrhein-Westfalen, vorgebracht: man dürfe die Last der Verantwortung nicht der untersten Gehaltsstufe, also dem einfachen Polizeibeamten aufbürden.

Gegenargument: Die Schwelle, an der der Polizist sagt, 'Hier müssen wir den Rettungsschuß anwenden', wird herabgesetzt, da er sein Tun durch das neue Polizeirecht viel eher abgedeckt sieht als bisher.

Wir meinen: Der Todeschuß sollte nur in so klaren Fällen wie dem von Mogadishou angewandt, beim geringsten Zweifel aber unterlassen werden. Dafür reicht die jetzige Regelung.



Beobachtung

Hannoversche Allgemeine

alle amtierenden F.D.P.-Innenminister

gelung ins Zeug gelegt haben. Hauptargument

## Jugendzentren in Selbstverwaltung.

Die F.D.P. wird sich für die Einrichtung und den Ausbau von Jugendzentren für die nicht organisierten Jugendlichen einsetzen.

Die Verwaltung soll in der Selbstbestimmung der Jugendlichen erfolgen.

(Aus: Kommunalles Sachprogramm für die Stadt Arnsberg von 1975)

**F.D.P.**  
Die Liberalen

Fraktion  
im Rat der Stadt Arnsberg

## Nachrichten

### Schülerzeitungskongreß

Bonn. Mehr als 350 Redakteure von Schülerzeitungen trafen sich in Bonn zu einem Kongreß, den die Friedrich-Naumann-Stiftung zusammen mit dem Politischen Arbeitskreis Schulen (PAS) und der Jungen Presse NRW veranstaltete. Hauptthema der Diskussion war die Forderung, Pressefreiheit im vollen Umfang auch für Schülerzeitungen gelten zu lassen.

Die Teilnehmer forderten ein Schülerpressegesetz, das die Einbeziehung der Jugendpresse in ein allgemeines demokratisches Presserecht gewährleisten solle.

Zur Podiumsdiskussion mit Bildungspolitikern der Parteien war nur die F.D.P., vertreten durch den Landtagsabgeordneten Reinhard Roericht, erschienen. CDU und SPD waren bei dem Kongreß, dem bisher größten seiner Art, nur durch ihre Jugendorganisationen anwesend. Reinhard Roericht wies darauf hin, daß die Liberalen als einzige politische Gruppierung seit Jahren die Arbeit vieler Schülerzeitungen durch Vergabe von Anzeigen und durch Veranstaltung von Seminaren und Treffen auf Bundesebene unterstützen.

In fünf Arbeitskreisen beschäftigte sich der Kongreß mit verschie-

denen Arbeits- und Problembereichen von Schülerzeitungen wie Anzeigen und Finanzen, Druck und Gestaltung, Jugendpressegesetz, Rollenspiel zur Schülerinteressenvertretung, Schülerzeitung und Schülervertretung. Eine eigene Kongreßzeitung wurde während des Kongresses von den Teilnehmern selbst erstellt, produziert und verteilt.

### Jungdemokraten tagen im Februar

Hannover. Gleichzeitig mit den Jungsozialisten, die vom 10. bis 12. Februar 1978 ihre nächste Bundesdelegiertenkonferenz in Hofheim (Taunus) durchführen werden, wollen die Deutschen Jungdemokraten ihre Bundesdelegiertenkonferenz in Braunschweig stattfinden lassen. Nach Angaben eines niedersächsischen Jungdemokraten-Sprechers werden dazu einhundert Delegierte erwartet. Wichtigste Aufgabe sei die Neuwahl des Vorstands.

### Aktion Jot-Zet

Marsberg. Die ehemalige evangelische Grundschule in der Trift soll Jugendzentrum werden. Dies fordert die Initiativegruppe Jot-Zet, die sich in Marsberg zusammengefunden hat. Das Jugendzentrum soll als "Haus der offenen Tür" mit zwei Sozialarbeitern ge-

führt werden. Für dieses Vorhaben werden zur Zeit Unterschriften gesammelt. Bisher haben 200 Jugendliche diese Aktion durch ihre Unterschrift unterstützt.

Bisher gibt es in Marsberg für die Jugend nur kirchliche Einrichtungen. Für einen Treffpunkt, der von den Kirchen unabhängig ist, setzen sich seit einigen Jahren die Jungsozialisten ein. Die neue Initiativegruppe gehört zu keiner der politischen Parteien. Wenn Ihr mehr über diesen Plan wissen wollt, wendet Euch bitte an: Werner Fobbe, Pagenstr., 3538 Marsberg 11.

Marsberg

Karl Peter Brendel

### Freiheitsstrafe für Göttinger Studenten

Göttingen. Zu sechs Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung ist vom Schöffengericht beim Amtsgericht Göttingen der dem Kommunistischen Bund Westdeutschland angehörende 23jährige Germanistikstudent Andreas Schraknepper verurteilt worden. Dem Angeklagten war vorgeworfen worden, mit der Veröffentlichung eines Flugblattes nach der Ermordung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback "Volksverhetzung" begangen zu haben. Mit dem Urteil entspricht das Gericht dem Antrag der Staatsanwaltschaft.

Was ist "Volksverhetzung"? (Die Redaktion)

Fortsetzung von Seite 3

nur äußerst zurückhaltend Gebrauch gemacht werden.

Dem steht jedoch gegenüber, daß die Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr durch den Ablauf nur weniger Monate bis zu dem letztlich entscheidenden Urteil in der Hauptsache kaum ernsthaft gefährdet worden wäre. Vielmehr hätte dieser Zeitraum zeigen können, ob die hohe Zahl der Verweigerungserklärungen darauf zu-

rückzuführen ist, daß viele Kriegsdienstverweigerer bis zum Inkrafttreten des Gesetzes gewartet haben (mit der Folge einer atypisch hohen Zahl von Kriegsdienstverweigerern danach) oder ob hier ein langfristiger Trend zum Tragen gekommen ist.

Festzustellen bleibt, daß in dem Gerichtsentscheid politische Zweckmäßigkeitserwägungen angestellt werden, die an sich

Aufgabe des Gesetzgebers sind. Oder, wie Professor Denninger, der Vertreter der Bundesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht formulierte: "Es gehört zum demokratisch-parlamentarischen System, daß der Gesetzgeber dann, wenn er sich in der Prognose geirrt hat, die Kraft zur Selbstkorrektur aufbringt, daß ihm aber auch die Gelegenheit dazu gelassen wird".

Bonn

Udo Weiler

# Spinnen die Studenten?

## EINLADUNG

Das Verhältnis von "Student und Gesellschaft" soll bei einer Podiumsdiskussion der DJD - Hochsauerland beleuchtet werden. Teilnehmer sind: Silke Gerigk-Groth, Landtag von NRW  
Dieter-Julius Cronenberg, Bundestag  
Karl-Heinz Krems, Bundesvorsitzender des LHV

3. April (Montag), 19.00 Uhr, Hotel Esser,  
Neheim - Hüsten, Herdringerweg 4.

Hallo Pleberfreunde!

Sind das nicht PREISE?

EL+P, WORKS II	DM	13.90
SANTANA, MOONFLOWER	DM	14.90 DLP
KISS, ALIVE II	DM	16.90 DLP
L. COHEN, DEATH OF...	DM	12.90
URIAH HEPP, INNOCENT...	DM	13.90
SUPERTRAMP, CRIME OF...	DM	13.90
A. PARSONS, b ROBOT	DM	13.90
ELO, OUT OF THE BLUE	DM	16.90 DLP
TRIUMVIRAT, POMPEII	DM	13.90
SEX PISTOLS, NEVER MIND	DM	13.90

SINGLES: DM 4,-

WINGS, MILL OF KINTYRE

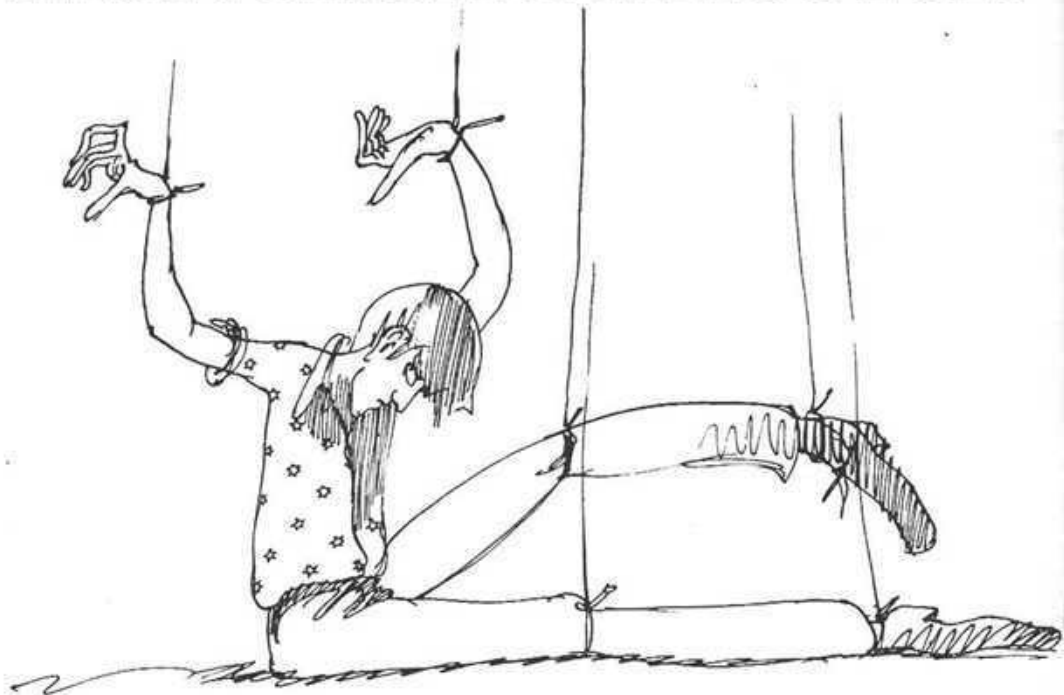
STATUS ANO, ROCKIN' ALL...

BELLE ÉPOQUE, M. BROADWAY

SHEILA, LOVE ME BABY



# Jugendzentrum oder Marionettentheater.



Ein Trauerspiel: Junge Leute werden zu Marionetten in ihren eigenen vier Wänden degradiert – und die Großen haben die Fäden in der Hand. Und ein trauriges Beispiel dafür, daß etwas noch lange nicht am Schnürchen läuft, wenn es am Gängelband geführt wird.

Deshalb fordern die Liberalen:

## Selbstbestimmung und Eigenverantwortung für Jugendzentren.

- Damit Jugendzentren keine behördliche Verwahrungsanstalten sind.
- Damit sie nicht von Leuten mit roten oder schwarzen Scheuklappen – und immer schön ausgewogen – dirigiert werden.
- Weil nur ein selbstgestaltetes Jugendzentrum eine sinnvolle Alternative zum passiven Konsumangebot in Kneipen, Discos, Kinos und Fernsehen sein kann.

- Weil hier Eigenverantwortung und Eigeninitiative erlernt und ständig weiter entwickelt werden können.

Wir Liberalen sagen „Ja“ zur freien, unabhängigen und verantwortungsbewußten Entfaltung des einzelnen. „Ja“ zur Eigenverantwortung für Jugendzentren.

## COUPON

Kreuzen Sie bitte an, wofür Sie sich besonders interessieren. Wir antworten Ihnen postwendend

Ja, ich möchte gerne mehr über die Liberalen wissen. Vor allem zum Thema:

Informieren Sie mich aber auch darüber, was die Liberalen Jugendverbände USA, UHV und Jungdemokraten zu sagen haben.

**Ausschneiden, auf Postkarte kleben und in den Briefkasten werfen.**

FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG,  
Baunscheidtstraße 15, 5300 Bonn 12.